

25. März 2023, Rendsburg, Hohes Arsenal, 17.00 Uhr

Festvortrag zur Jubiläumsveranstaltung der GSHG

„175 Jahre Erhebung“

Prof. Dr. Oliver Auge

Die schleswig-holsteinische Erhebung vor 175 Jahren als europäisches und globales Ereignis

Sehr verehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrter Herr Generalkonsul, liebe Mitglieder der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte, meine Damen und Herren!

Aufgabe und Ziel einer modernen und relevanten Regionalgeschichtsforschung muss es sein, Ereignisse und Entwicklungen einer Landesgeschichte nicht in sich selbst ruhend und auf sich selbst bezogen zu erforschen, sondern ebendiese landesgeschichtlichen Vorgänge und Strukturen im Kontext übergreifender historischer Prozesse und Momente zu betrachten. Eine solche Konzeption von Geschichtsbearbeitung ist dabei wohlgerne nicht neu. Denn schon 1953 schrieb der zweite Inhaber der Kieler Professur für Schleswig-Holsteinische Geschichte an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Alexander Scharff, zu Recht: „Unsere Landesgeschichte ist mehr als Landesgeschichte; sie kann nur begriffen werden, wenn sie gesehen wird in ihrer Verknüpfung mit dem Geschehen im Süden und Norden des Landes, als Teilvorgang eines größeren Geschehens....“ Ganz in diesem Sinn hat die Kieler Abteilung für Regionalgeschichte schon einige Anstrengungen erfolgreich unternommen, bei zentralen Ereignissen unserer Landesgeschichte Schleswig-Holsteins sprichwörtlichen Tellerrand zu überwinden und darüber hinaus zu blicken und auf diese Weise neue Geschichtserkenntnisse zu generieren, so etwa beim Vertrag von Ripen von 1460, der die Wahl König Christians I. zum Herzog von Schleswig und Grafen von Holstein bei Zusicherung „ewiger“ Zusammengehörigkeit beider Lande urkundlich festhielt und den wir innovativ im damals europaweiten Bemühen um ständische Partizipation verorteten, oder beim Wiener Frieden, der - am

Ende des Deutsch-Dänischen Krieges von 1864 stehend - den Übergang der Herzogtümer vom Dänischen Gesamtstaat an Deutschland besiegelte und von uns erstmalig in seinen global-europäischen Bezügen untersucht wurde.

Gerade die Ereignisse, derer wir heute Nachmittag hier im Hohen Arsenal zu Rendsburg gedenken wollen und die bekanntlich von der Bildung einer sog. Provisorischen Regierung am 24. März 1848 in Kiel ihren Ausgang nahmen und schließlich durch das Zweite Londoner Protokoll vom 8. Mai 1852 zu einem einstweiligen Ende geführt wurden, bieten für das eingangs in aller gebotenen Knappheit skizzierte regionalhistorische Arbeiten über den schleswig-holsteinischen Tellerrand hinaus eine wunderbare Steilvorlage. Das leuchtet allein schon angesichts dessen ein, dass das Geschehen, das hierzulande gemeinhin als „Erhebung“ tituliert wird, nördlich der deutsch-dänischen Staatsgrenze aber als „Aufruhr“ oder als „Drei-Jahres-Krieg“ bzw. „Erster Schleswiger Krieg“ firmiert, einmal in das große europäische Revolutionsgeschehen von 1848 eingebettet war und von diesem losgelöst gar nicht begriffen werden kann und dass es sich zum anderen – selbst wenn man diese alten, national belasteten Kampfbegriffe der Erhebung oder des Aufruhrs beiseitelässt und die Geschehnisse wertungsfrei als das sieht, was sie waren: ein im Bürgerkrieg mündender Nationalkonflikt – selbstredend um eine Auseinandersetzung von internationaler Tragweite schon deswegen handelte, weil sich hier Deutschland und Dänemark und dazwischen eben Schleswig-Holstein bewaffnet um die staatliche Zukunft des letzteren stritten. Um genau diese eigentlich also naheliegende internationale Perspektive auf die damaligen Geschehnisse, um ihre Einordnung als europäisches sowie globales Ereignis soll es in den folgenden knapp 25 Minuten gehen.

Allein schon der unmittelbare Impuls zu den gewaltsamen Verwerfungen ab dem Frühjahr 1848 zwischen Dänemark einer- und Deutschland sowie Schleswig-Holstein andererseits lässt sich, wie

schon gesagt, nur vor dem europäischen Hintergrund erklären. Ausgehend von Frankreich brach ab dem Februar 1848 eine wahre Revolutionswelle über Europa herein und erfasste den größten Teil des Kontinents. Die Forschung streitet sich darüber, ob es sich 1848 um viele nationale Revolutionen oder eine europäische Revolution handelte. Die politische und gesellschaftliche Ordnung wurde damals jedenfalls in Frankreich, Deutschland und Italien, dem gesamten österreichischen Vielvölkerstaat und den Grenzzonen des Osmanischen Reiches auf dem Balkan durch Unruhen und Kämpfe erschüttert, während sich in Belgien, den Niederlanden, der Schweiz und in Skandinavien Reformbewegungen weiter verstärkten. In Dänemark etwa berief König Friedrich VII. unter dem Eindruck des europaweiten Revolutionsgeschehens eine nationalliberale Regierung und erließ schließlich mit dem Staatsgrundgesetz vom 5. Juni 1849 eine auf demokratischen Grundsätzen basierende Verfassung. Zentrale Anliegen der in den meisten Kernräumen der Revolution politisch aktiven Bevölkerung waren die Schaffung von Nationalstaaten sowie die Demokratisierung der politischen Herrschaftssysteme verbunden mit einer Neuordnung der Sozialverfassungen. Eine aktive Trägerschicht war sämtlichen Revolutionsgeschehnissen im damaligen Europa gemein: die Intellektuellen. Und man kann sogar so weit gehen, dass der Revolution oder den Revolutionen von 1848 durch die jeweilige Überfrachtung mit zu vielen großen Zielen eine Ursache gemeinsam war, die zu ihrem Scheitern führte. In Deutschland betraf dies nicht zuletzt die Bestrebungen zur Schaffung eines Nationalstaates, den es wiederum in das europäische Staatensystem zu integrieren galt, welches der Wiener Kongress von 1815 kreiert hatte. Für Revolutionen nicht ungewöhnlich wurde deutscherseits ein Ventil für diese Bestrebungen in außenpolitischer Aggression gesucht – zuerst in Richtung Polen und Frankreich, bald aber ganz konkret bezogen auf Dänemark im Streit um die nationale Zugehörigkeit der Herzogtümer Schleswig und Holstein. In dieser Frage wollte sich die deutsche Nationalbewegung bewähren wie beweisen und sie musste es dabei von Anfang an hinbekommen, dass ihre territorialen Ziele von den europäischen Großmächten akzeptiert würden. Ich erinnere in diesem Zusammenhang nur an das leidenschaftliche Statement Friedrich Christoph Dahlmanns in der ersten Schleswig-Holstein-Debatte in der Paulskirche am 9. Juni 1848: Die Nationalversammlung, so Dahlmann sinngemäß, müsse das Unrecht wiedergutmachen, dass der Deutsche Bund jahrzehntelang gegenüber Schleswig und Holstein begangen habe, indem die faktische Trennung der doch auf ewig einander zugehörigen Herzogtümer von diesem seit dem Wiener Kongress stillschweigend toleriert worden sei. Eine Teilung Schlesiens komme nicht infrage; vielmehr sei Schleswig nur in den deutschen Nationalstaat zu integrieren. Es gehe um die Ehre Deutschlands. Zugleich warnte er vor zu starker Rücksichtnahme auf die deutschen Nachbarn. Grundsätzliches Ziel der Nationalversammlung müsse der Aufstieg Deutschlands „aus einem schwachen, versunkenen Gemeinwesen ... zu Würde, Ehre und Größe“ sein „bis der letzte Tropfen Blutes uns entströmt ist. Wenn Sie in der schleswig-holsteinischen Sache etwas versäumen, was gut und recht ist“, mahnte er, „so wird damit auch der deutschen Sache das Haupt abgeschlagen.“ Allerdings sollte sich rasch herausstellen, dass weder die Nationalversammlung in der Paulskirche noch die ins Leben gerufene deutsche Zentralregierung die nötigen Machtmittel besaßen, um dem Hilfesuch der Provisorischen Regierung Schleswig-Holsteins angemessen zu entsprechen. Zwar lösten die Kriegereignisse und vor allem die Blockade deutscher Häfen durch die dänische Marine eine erste große Flottenbegeisterung in Deutschland aus, und es wurden ambitionierte Pläne geschmiedet, aus Deutschland eine schlagkräftige Seekriegsmacht zu machen. De facto aber musste auf das militärische Engagement Preußens vertraut werden, was sich bald jedoch als trügerische Hoffnung herausstellte, weil es Preußen auf den Bruch mit der Zentralgewalt ankommen ließ und sein eigenes Ding in Schleswig und mit Dänemark machte. Bekanntlich erfolgte die Unterzeichnung des Waffenstillstands von Malmö am 26. August 1848 durch Preußen ohne Rücksichtnahme auf die Befindlichkeiten der Paulskirche, was zur sog. Septemberkrise führte, die durch den Sturz des Reichsministeriums Leiningen und heftige Barrikadenkämpfe in Frankfurt gekennzeichnet war. Und in der Tat wurde durch diese Unterzeichnung den Bemühungen in Deutschland um eine nationale Einigung ein vernichtender Schlag versetzt, was letztlich europäische Auswirkungen zeitigte: Das Deutsche Reich kam erst 1871 und weitaus anders, als es 1848 angedacht gewesen war. Das erkannten übrigens schon die Zeitgenossen. So ließ Arnold Duckwitz, Handelsminister in mehreren Kabinetten der Paulskirche, verlautbaren, dass die „Schwärmerei für ganz Schleswig und Holstein ungetrennt“ der Todesstoß für die deutsche, nationale Bewegung sei. Er sollte recht behalten. Am Ende stand Schleswig-Holstein allein in seinem Krieg gegen Dänemark und sollte diesen und seine erhoffte nationale Freiheit verlieren. Gegen die Paulskirche wiederum setzte sich die monarchische Reaktion durch – nicht nur, aber doch eben auch, weil selbige zeitweilig ihren Blick für das politisch Realisierbare durch verletztes Nationalgefühl hatte trüben lassen. Bezeichnenderweise waren es übrigens ausgerechnet die schleswig-holsteinischen Abgeordneten Francke, Droysen, Michelsen und Neergard gewesen, die am 12. September 1848 den Sonderantrag in die Paulskirche eingebracht hatten, „die Vollziehung des Waffenstillstandes nicht weiter zu behindern ... und die ... Zentralgewalt zu schleuniger Einleitung von Friedensverhandlungen

aufzufordern“. Zu diesem Zeitpunkt kam der Antrag aber bereits zu spät: „An der Schleswig-Holstein-Frage, an den Auswirkungen des deutsch-dänischen Krieges erlitt die deutsche revolutionäre Bewegung und die sie tragende junge demokratische Institution irreparablen moralischen Schaden“ (Friedrich Mülder). Die Revolution scheiterte letztlich in Schleswig-Holstein, in Deutschland und in Europa.

Die europäische Relevanz ihres Tuns war den schleswig-holsteinischen Akteuren von damals überaus bewusst. Nur so ist es zu erklären, dass die Provisorische Regierung, gerade einmal zwei Wochen im Amt, eine Denkschrift über die verfassungsmäßigen Rechte der Herzogtümer Schleswig und Holstein niederschrieb, die sie dem englischen Außenminister Lord Palmerston am 8. April 1848 überreichen ließ. Die Provisorische Regierung sah sich demgemäß verpflichtet, „sich gegen die Regierung Ihrer Majestät der Königin von Großbritannien über die Verhältnisse zu äußern, welche den Grund zu den Ereignissen gegeben haben, durch welche sie in das Leben gerufen worden ist“. Weiter hieß es darin: „Dieselbe (Provisorische Regierung) ist durchdrungen von der Ueberzeugung, daß es nur einer solchen Darlegung bedarf, um auch die Regierung Ihrer Majestät von der Gerechtigkeit ihrer Sache zu überzeugen und um darzuthun, daß die Durchführung der von ihr vertretenen Rechte mit dem Interesse der Europäischen Mächte überhaupt und dem der vereinigten Königreiche von Großbritannien insbesondere auf keine Weise in Widerspruch steht, sondern von demselben vielmehr dringend gefordert wird.“ Die Denkschrift bietet im Anschluss einen weitausholenden historischen Überblick zur Geschichte der Herzogtümer bis in die eigene Gegenwart. „So war die Lage der Dinge“, fasst sie dann zusammen, „als die große Bewegung, welche fast alle Völker Europa's in Folge der gewaltsamen Umwälzung Frankreichs ergriff, ihren Einfluß auch auf die Verhältnisse dieser Lande zu üben begann.“ Schöner hätte die Provisorische Regierung mein heutiges Vortragsthema kaum auf den Punkt bringen können! Und weiter im Text: „Wenn sich gleichzeitig alle Völker mit voller Kraft und Energie erhoben, um sich nationale Selbständigkeit und Freiheit zu erringen, so mußten auch hier die Deutschen Bewohner jede Bevormundung und Unterdrückung durch das Dänische Volk und die Dänisch gewordene Regierung als unerträglich betrachten, und ein allgemeines ebenso gerechtes wie starkes Verlangen mußte sich kund geben, die nationale und politische Freiheit zu erwerben, welche den Herzogthümern gebührte, und wider alles Recht ihnen vorenthalten wurde.“ Die Provisorische Regierung sei, so liest man zudem, überzeugt, „daß ihr Bestreben, die äußere Unabhängigkeit und die innere Ordnung zu befestigen, nur dann wahrhaft gelingen kann, wenn sie sich der Gewogenheit und des Beistandes der Europäischen

Mächte und insonderheit der geneigten und freundlichen Gesinnung der Regierung Ihrer Majestät der Königin von Großbritannien zu erfreuen haben wird“. Und um sich dieses Wohlwollen zu sichern, malte die Provisorische Regierung die ökonomische Zukunft, was in Bezug auf Großbritannien nie verkehrt sein konnte, geradezu enthusiastisch in den gemeinsamen blau-weiß-roten Farben: „Es können diese Lande niemals ein größeres Interesse haben, als den Verkehr mit den vereinigten Reichen von Großbritannien möglichst zu beleben und zu beiderseitigem Vortheil mehr und mehr zu erweitern. Die Produkte des Schleswig-Holsteinischen Landes haben ihren bedeutendsten und leichtesten Absatz jederzeit auf den Englischen Märkten gefunden, von denen umgekehrt die Erzeugnisse der Industrie, der transatlantischen Kolonien ebenso, wie die Kohlen des Englischen Bodens fortwährend ihren Weg zu ihnen herüber finden. Der großartige Verkehr, den Hamburg mit den vereinigten Königreichen von Großbritannien unterhält, hat seine Bedeutung zum großen Theile durch die Beziehungen jener Stadt zu (Schleswig-Holstein, O.A.), und die Häfen seiner West- und Ostküste wetteifern seit lange schon mit derselben (Stadt, O.A.), um den Austausch der gegenseitigen Produktionen immer leichter und ausgedehnter zu machen. Je selbständiger und gesicherter die Verhältnisse (Schleswig-Holsteins, O.A.) sein werden, desto mehr wird es auch im Stande sein, diese Interessen weiter zu verfolgen; und vermehrte Dampfschiffslinien sowie gegenseitige Erleichterungen in den Schiffahrts- und Zollverhältnissen werden ohne Zweifel die unmittelbare Folge sein.“ Die Provisorische Regierung prophezeite, dass ein zum Deutschen Bund gehöriges Schleswig-Holstein „nur den günstigsten Einfluß auf die Beförderung engerer (wirtschaftlicher) Beziehungen zwischen England und Deutschland“ nehmen werde. Zu guter Letzt appellierte sie an das politische Gewissen der britischen Regierung: Sie „weiß außerdem, daß Großbritannien jederzeit den nationalen Bewegungen unterdrückter Völker seine volle Theilnahme und selbst lebhafteste Unterstützung geschenkt hat und nicht will, daß ungerechte und den nationalen Verhältnissen

widersprechende Zustände aufrecht erhalten werden sollen.“ Von daher hoffe sie, dass die Regierung Großbritanniens „den Herzogthümern Schleswig und Holstein die Zuneigungen freundlicher Geneigtheit bewahren wird zu einer Zeit, da sich dieselben in der Nothwendigkeit sehen, ihr altes

Recht und ihre Nationalität gegen den Angriff einer feindseligen Partei eines fremden Landes“ – gemeint war Dänemark – „zu vertheidigen.“

Soweit besagte Denkschrift der Provisorischen Regierung an Lord Palmerston vom 8. April 1848. Sie wurde von mir deswegen so ausführlich behandelt, weil sie mit allem erdenklichen Nachdruck die europäische und konkret auf Großbritannien bezogene Perspektive der damaligen Ereignisse auf tut und beweist, dass selbige sich exakt im Blickfeld der seinerzeitigen Akteure befand und nicht etwa eine modische Erfindung unseres heutigen Zeitgeists ist.

Die Tatsache, dass sich die Schleswig-Holsteiner gerade an den britischen Außenminister Palmerston wandten, bedarf eines historischen Exkurses. Das Verhältnis der Herzogtümer zu Dänemark war nämlich seit der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts schon ein Thema, mit dem sich die Diplomatie der europäischen Großmächte immer wieder zu befassen hatte. Besitzverschiebungen zu Lasten der Gattorfer und zu Gunsten der dänischen Könige waren von diesen Großmächten abgesegnet worden, der vollständige Besitz der Herzogtümer wurde der dänischen Krone schließlich durch internationale Abkommen seitens Großbritanniens, Frankreichs und Russlands garantiert. Dahinter stand deren Wunsch, dass der neuralgische Zugang zur Ostsee nicht von einer hegemonialen Großmacht allein beherrscht werde. Zwar hatte die Ostsee dann im 19. Jahrhundert zunehmend an geostrategischer Bedeutung verloren, was ihre Rolle für das Gleichgewicht der Großmächte in Europa anbelangte, aber zu den vitalen Interessen Großbritanniens zählte weiterhin, dass sich an seiner Nordsee- Gegenküste keine gefährliche Großmacht Konkurrenz etablierte. Insofern ist es gewiss nicht zu gewagt zu konstatieren, dass Großbritannien aus diesem Grund damals auf europäischer Ebene

der Hauptgegner der nationalen Bewegung in Schleswig-Holstein (und Deutschland) gewesen ist. Die britischen Staatsmänner, allen voran Palmerston, befürchteten, ein geeintes Deutschland werde Zollschränken gegen die britischen Waren aufrichten – genau darauf ging die Provisorische Regierung ja in ihrer vorhin besprochenen Denkschrift konkret ein. Und zudem war die öffentliche Meinung in Großbritannien gegen die militärischen Mittel eingestellt, mit denen man in Deutschland und Schleswig-Holstein diese nationale Einigung zu erreichen suchte. Wenn Palmerston dann etwa gegenüber dem preußischen Gesandten in London Bunsen verlautbaren ließ: „Gegen die Idee eines Deutschen Reiches lässt sich nichts sagen, außer daß niemand fähig zu sein scheint, sie zu verwirklichen“, so war dies die diplomatisch äußerst geschickt verbrämte Kritik an der deutschen und zeitweilig preußischen Haltung, Schleswig-Holstein zur Gretchenfrage der deutschen Nationalbewegung zu machen. Diplomatisch versiert war auch das weitere Vorgehen Palmerstons. Er drohte für die Briten keinesfalls, selbst kriegerische Maßnahmen gegen Deutschland und Preußen im Krieg um Schleswig-Holstein zu ergreifen, sondern er drohte vielmehr damit, dass Russland und/oder Frankreich das tun würden. Es kann mit Fug und Recht darüber gestritten werden, wie real nun überhaupt eine derartige Kriegsgefahr war. A. J. P. Taylor meint etwa, dass die Fakten ein solches Szenario kaum stützen könnten. „Das Motiv Friedrich Wilhelms war Scham vor der moralischen Mißbilligung des Zaren, nicht Furcht vor einer französisch-russischen Intervention.“ Kurz zuvor hatte der russische Zar den preußischen König nämlich als „ehrlos“ bezeichnet, was für letzteren schwer wog. Preußen wich jedenfalls vor dieser wie auch immer ernst zu nehmenden internationalen Drohkulisse zurück und schloss mit Dänemark besagten Waffenstillstand von Malmö, der zum Zentralereignis für die deutsche Revolution von 1848 überhaupt geworden ist. Ohne die von Großbritannien bzw. Lord Palmerston in den diplomatischen Raum gestellte Gefahr einer Verwerfung mit den anderen europäischen Großmächten wäre es

vielleicht weniger rasch oder überhaupt nicht zum preußischen Rückzug gekommen. Was wäre dann aus der Erhebung geworden, darf zumindest spekulativ gefragt werden.

Internationalen, europäischen Ursprungs war zumal die Idee einer Teilung Schlesiws nach Nationalitäten, die den damaligen Bemühungen um Konflikteinhegung implementiert wurde. Zuerst vom russischen Außenminister Karl Nesselrode ins Gespräch gebracht, griff Palmerston sie nach einigem Zögern auf. Aber dieser Vorschlag, der bei seiner Verwirklichung seinerzeit und noch 1864 viele teure Granaten gespart und so manches viel teurere Soldatenleben gerettet hätte, jedoch erst rund 70 Jahre später realisiert wurde, war in der damaligen Situation auf Sand gebaut. Die Londoner Konferenz vom Oktober 1850 war zwar ein ambitionierter europäischer Versuch, eine friedliche Lösung des militärisch ausgefochtenen Konflikts um Schleswig-Holstein herbeizuführen, doch sie scheiterte nicht zuletzt an beiden Konfliktparteien: Die schleswig-holsteinische Seite beharrte auf ihrer Maximalforderung „auf ewig ungeteilt“. Und die Dänen wussten sehr wohl, dass keine andere Macht

gegen Dänemark intervenieren würde, sodass das einzige britische Argument von Gewicht – nämlich die Drohung, andere Mächte würden in den Konflikt eingreifen – bei ihnen überhaupt nicht verfangen konnte. Ihre Weigerung ließ Palmerston letztlich ganz hilflos aussehen. Die Dänen kündigten am 22. Februar 1849 den Waffenstillstand, und die Kampfhandlungen begannen von Neuem.

Europäisch die Londoner Konferenz wie die nachfolgenden Londoner Protokolle. Deren erstes wurde noch vor dem Ende des bewaffneten Konflikts am 2. August 1850 von Großbritannien, Frankreich, Russland, Schweden-Norwegen unterzeichnet. Darin anerkannten die außerdeutschen Großmächte die Integrität des Gesamtstaates als „europäische Notwendigkeit und ständiges Prinzip“, worin nachgehend auch Österreich einwilligte. Zum Jahreswechsel 1851/1852 verzichtete Dänemark dann in diplomatischen Noten an Preußen und Österreich auf sein bisher verfolgtes und auch auf der Londoner Konferenz verfochtenes

Ziel, Schleswig in das Königreich einzuverleiben. Mit einer Erklärung vom 28. Januar 1852 legte die dänische Regierung schließlich fest, der Gesamtstaat bestehe aus den drei Teilen Dänemark, Schleswig und Holstein. Das zweite Londoner Protokoll wurde darauf am 8. Mai 1852 ratifiziert. Im Kern regelte das zweite Protokoll, das nun auch Preußen unterzeichnete, die Erbfolge für den dänischen Königsthron. Da König Friedrich VII. keinen eigenen Nachkommen besaß, wurde der Glücksburger Abkömmling Christian zum sog. Protokollprinzen, d.h. Nachfolger erkoren. Auch wurde nochmals die Aufrechterhaltung der Herzogtümer als eigenständige Einheiten und deren Gleichstellung im Rahmen des Gesamtstaates versichert. Schleswig sollte nicht stärker mit Dänemark verbunden werden als Holstein oder gar in Dänemark inkorporiert werden. In der Summe bedeuteten die Protokolle freilich, dass die Schleswig-Holsteinische Erhebung endgültig an den Interessen und dem Kräftespiel der europäischen Großmächte gescheitert war. Umgekehrt kann man auch behaupten: Auch weil die Erhebung ein europäisches Ereignis war, was in diesem Zusammenhang ein europaweit vernetztes Ereignis meint, scheiterte sie.

Mit diesem Scheitern gelangen wir endlich zur globalen Ebene, die im Titel meines heutigen Vortrags ebenfalls angesprochen ist. Natürlich war in gewisser Weise selbige schon berührt, da es sich bei den an der Londoner Konferenz und den Protokollen beteiligten Großmächten Großbritannien und Russland um global aufgestellte Imperien handelte. Aber zum wirklich globalen Ereignis wurde die Erhebung vor allem dadurch, dass nach ihrem Scheitern 1851/52 zahlreiche Schleswig-Holsteiner ihre angestammte Heimat aus politischen Gründen verließen oder als Ausgewiesene verlassen mussten und nach Übersee, vor allem in die Vereinigten Staaten auswanderten. Diese Migranten, deren Größenordnung für ganz Deutschland auf drei- bis viertausend Köpfe geschätzt wird, sind in den USA als „Forty-Eighter“ bekannt geworden. Sie schlossen sich in ihrer neuen, überseeischen Heimat vielfach in Veteranenvereinen zusammen, die sich revolutionär-demokratischen Traditionen verpflichtet fühlten und sich zugleich karitativ um die Unterstützung kranker oder verarmter Vereinskameraden bemühten. Zu den Prominentesten unter diesen Auswanderern zählte der Kieler Rechtsanwalt Theodor Olshausen, der ein Mitglied der Provisorischen Regierung gewesen war. Um seiner Verhaftung als ein Haupträdelsführer durch die Behörden zu entgehen, zog er nach St. Louis und dann weiter nach Davenport im US-Staat Iowa, wo seinerzeit viele Einwanderer aus Deutschland und Schleswig-Holstein zusammentrafen. „Ein Drittel der Bevölkerung in der Stadt und ungefähr die Hälfte auf dem Lande ist deutsch“, erklärte ein Zeitgenosse. „Man meint nicht in Amerika zu sein, denn überall hört man deutsch.“ Mancher dieser vertriebenen Schleswig-Holsteiner machte in den Vereinigten Staaten Karriere. So brachte es der politische Weggefährte Olshausens Friedrich Hedde 1858 zum Parlamentsabgeordneten von Nebraska. Und der schleswig-holsteinische Demokrat Hans R. Claussen wurde 1858 Friedensrichter und 1869 Senator von Iowa. Ihre Beispiele zeigen, dass sie in den Vereinigten Staaten offenbar das fanden, was sie zuvor in Schleswig-Holstein gesucht hatten: eine freie und demokratische Gesellschaft, in die sie sich selbst engagiert einbrachten. Dies erklärt auch, warum viele von ihnen zwar ihre alte Heimat nochmals besuchten, als sie zur preußischen Provinz geworden war, dass sie sich dort aber nur in wenigen Fällen wieder auf Dauer niederließen. „Der Unterschied zwischen der ‚Neuen Welt‘ und den politischen Verhältnissen der ‚Alten Welt‘ im kaiserlichen Deutschland (wurde von ihnen einfach, O.A.) als riesig wahrgenommen“ (Jan Schlürmann/Astrid Schwabe). Olshausen kam zwar zurück nach Europa, bezeichnenderweise ließ er sich freilich in der republikanischen Schweiz nieder und nicht im monarchischen Deutschland.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, verehrtes Auditorium, mit diesen kurzgefassten Bemerkungen zu den räumlich weitreichenden Konsequenzen des Konflikts um Schleswig-Holstein der Jahre 1848 bis 1851/52 bin ich an das Ende meiner Redezeit und passenderweise auch meiner Ausführungen zum heutigen Nachmittag angelangt. Ich hoffe, ich konnte Ihnen anschaulich näherbringen, dass die Geschehnisse, die hierzulande als Erhebung bezeichnet werden, in ihrer Auslösung, ihrem Verlauf und ihrem Ausgang letztlich nur begriffen werden können, wenn man auf ihre enge Verzahnung mit dem sie umgebenden europäischen Kontext achtet. Und diese Verzahnung weist, wie zuletzt berührt, noch über den europäischen Rahmen hinaus bis zur globalen Ebene. Letztlich gilt für eine angemessene Bewertung der damaligen Ereignisse dasselbe wie für die Untersuchung der Geschichte Schleswig- Holsteins insgesamt: sie muss als eine europäische und eine globale Regionalgeschichte verstanden werden. Kein Geringerer als der von mir im Vorangegangenen mehrfach genannte Lord Palmerston untermauert diese meine Behauptung. Von ihm stammt aufgrund seiner einschlägigen diplomatischen Erfahrungen von 1848 bis 1852 die bekannteste Charakterisierung der schleswig- holsteinischen Geschichte. Diese Geschichte sei ihm zufolge so kompliziert, dass nur drei Menschen sich jemals damit auskannten: erstens Prinzgemahl Albert von Sachsen-Coburg-Gotha, Ehegemahl der britischen Königin Victoria, der aber bereits verstorben sei, zweitens ein deutscher Professor, der darüber freilich verrückt geworden sei, und drittens er selbst – doch er habe das alles schon wieder vergessen. Lassen Sie mich daraus ein bewusst überspitztes Fazit ziehen: Zu Bayern würde ein solches Bonmot gewiss von einem schneidigen bayerischen Ministerpräsidenten oder einem baulustigen König stammen; für Schleswig-Holstein aber hat es ein britischer Außen- und späterer Premierminister beigesteuert.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!